

Merkblatt zur Beantragung von Nachteilsausgleich bei Prüfungen

Wozu gibt es Nachteilsausgleiche bei Prüfungen?

Behinderungen oder chronische Erkrankungen können zur Beeinträchtigung bei der Erbringung von Prüfungsleistungen führen. Die Möglichkeit zum Nachteilsausgleich bei einem Handicap wird von der IHK Ostbrandenburg aufgrund der geltenden Rechtslage (gemäß BBiG § 65 (1)) für Auszubildende, Umschüler bzw. Teilnehmer an einer Aus- und Fortbildungsprüfung eingeräumt (siehe auch Prüfungsordnungen der IHK Ostbrandenburg für die Durchführung von Abschluss und Umschulungsprüfungen § 16 Besondere Verhältnisse behinderter Menschen bzw. Fortbildungs- und AEVO-Prüfungen § 15 Nachteilsausgleich für behinderte Menschen).

Die jeweils angemessene Form des Nachteilsausgleichs wird unter Berücksichtigung der individuellen Situation für jeden Betroffenen in einer Einzelfallentscheidung situationsgerecht und entsprechend der vorhandenen Möglichkeiten entschieden und festgelegt.

Der Nachteilsausgleich soll auch für den benachteiligten Menschen vergleichbare Prüfungsleistungen ermöglichen, Benachteiligungen ausgleichen, ohne Bevorteilungen zu gewähren. Ziel ist die Chancengleichheit aller Prüfungsteilnehmer.

Wann und vom wem muss ein Nachteilsausgleich beantragt werden?

Der Antrag auf Nachteilsausgleich muss **spätestens** mit der Anmeldung zur Zwischen- oder Abschlussprüfung bzw. mit dem Antrag auf Prüfungszulassung bei Fortbildungsprüfungen vom Prüfungsteilnehmer bzw. den Erziehungsberechtigten, gesetzlichen oder gerichtlich bestellten Vertreter bei der IHK Ostbrandenburg eingereicht werden.

Was ist bei der Beantragung einzureichen?

Für den Antrag ist das entsprechende Formular mit folgenden Angaben einzureichen:

- Angaben zum Prüfungsteilnehmer, zum ausbildenden Unternehmen, zur Berufsschule sowie zur betreffenden Prüfung
- Beschreibung der Behinderung
- Konkrete Angaben zum gewünschten Nachteilsausgleich (Orientierung an Kenntnissen aus der Ausbildung, der Beschulung, aus dem Praktikum, von Tests oder anderen Prüfungen)
- Dem Antrag ist beizufügen: Fachärztliche Atteste oder Gutachten, die den Nachteilsausgleich begründen oder unterstützen (beides aktuell, i.d.R. nicht älter als zwei Jahre und mit Handlungsempfehlung in Bezug auf die Prüfung); alternativ kann eine Kopie des gültigen Behindertenausweises vorgelegt werden, wenn die Nachteile offensichtlich erkennbar sind.

Wie wird dann durch die IHK weiter verfahren?

Der Prüfling erhält zeitnah eine schriftliche Antwort zur Art des gewährten Nachteilsausgleichs bzw. eine Begründung im Fall von Änderungen oder Ablehnung des beantragten Nachteilsausgleichs.

Antrag auf Nachteilsausgleich bei Prüfungen

gemäß BBiG § 65 (1) bzw. der Prüfungsordnung für die Durchführung von Abschluss- und Umschulungsprüfungen (PO § 16 Besondere Verhältnisse behinderter Menschen) bzw. der Fortbildungs- und AEVO-Prüfungen (FPO § 15 Nachteilsausgleich für behinderte Menschen)

Bezeichnung des Ausbildungsberufes/der Fortbildungsprüfung:

Antragssteller	Ausbildungsbetrieb/Bildungseinrichtung
(Name, Vorname, Anschrift)	(Anschrift, Kontakt zum Ausbilder)
_____	_____
_____	_____
_____	_____
Identnummer/ Azubi-Nr.: _____	_____
Geburtsdatum: _____	_____
Telefon: _____	Telefon: _____

Beschreibung der Behinderung/chronischen Erkrankung:

(fachärztliches Attest bzw. Gutachten beifügen, aktuell i.d.R. nicht älter als zwei Jahre)

Konkrete Nennung des beantragten Nachteilsausgleichs:

(z. B. Dauer der Prüfung, technische Hilfsmittel, Gebärdendolmetscher – nach Möglichkeit durch Belege bzw. Stellungnahmen aus Unternehmen, Berufsschule usw. unterstützt)

Datenschutzerklärung

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen gespeichert und statistisch ausgewertet werden. Die personenbezogenen Daten dienen der ordnungsgemäßen Bearbeitung meines Antrages.

Ort und Datum

Unterschrift des Antragstellers